

Apropos



Kein Rettungsring in Sicht

Eine solch eindrucksvolle Kundgebung hat es in Bühl schon länger nicht mehr gegeben. Es liegt schon einige Jahre zurück, als zuletzt die LuK-Mitarbeiter, die Stadtverwaltung und viele Bühlerinnen und Bühler auf die Straße gegangen waren und für die in Bedrängnis geratene Muttergesellschaft Schaeffler eine Unterstützung der öffentlichen Hand einforderten. Sie demonstrierten damit auch für die Hauptgesellschafterin Maria-Elisabeth Schaeffler-Thumann, die Bühler Ehrenbürgerin, die damals durch die Conti-Übernahme in schwere Bedrängnis geraten war. Nebenbei bemerkt: Seit fünf Jahren ist die Stadt finanziell angeschlagen. Nicht nur, aber auch, weil das Familienimperium Schaeffler umstrukturiert wurde – mit der Folge, dass das Gewerbesteueraufkommen für die Zwetschenstadt sank. Für LuK und Schaeffler kam seinerzeit die Rettung. Kann aber auch die Bühler Geburtshilfe gerettet werden? Die Aktien stehen schlecht. 200 Kreißsäle bundesweit sind in den vergangenen Jahren dichtgemacht worden; der Bühler ist nach Geburten der derzeit fünfkleinste im Land. Der Aufsichtsrat des Klinikums Mittelbaden und die verantwortlichen Ärzte haben sich bereits festgelegt: Der finanzielle Druck und die weiter verschärften Qualitätsanforderungen vor dem Hintergrund des Krankenhausstrukturgesetzes bedingen eine Zusammenlegung der Geburtsstationen Baden-Baden und Bühl in Balg. Um den Ausfall zu kompensieren, soll in Bühl der Operationsbetrieb verstärkt werden. Die oberste Maxime lautet, das Krankenhaus und die Akutversorgung zu erhalten.

Nur der Rastatter Kreistag könnte die Schließung der Bühler Geburtshilfe in seiner Sitzung am 26. Juli zum Jahresende theoretisch noch aufhalten. Allerdings ist davon auszugehen, dass eine Mehrheit der Kreisräte Landrat Jürgen Bäuerle und Klinikum-Geschäftsführer Jürgen Jung nicht im Regen stehen lässt. Zumal es nicht allein um den einen Aspekt, sondern um die Zukunftsfähigkeit des Standorts Bühl insgesamt geht. Zudem hat die Stadt Baden-Baden als Mitgesellschafterin des Klinikums Mittelbaden in der Sache ebenfalls ein Wort mitzureden.

Demonstriert wurde gestern vor dem Bühler Rathaus, doch die Bühler Stadträte haben in Klinikfragen keine Entscheidungsbezugnis. Das Gesundheitswesen ist Landkreis-Angelegenheit. Insofern wäre die gestrige Kundgebung eigentlich in Rastatt an der richtigen Adresse gewesen – oder genau genommen in Berlin. Denn dort werden die Gesetze gemacht, die kleine Krankenhäuser wie das Bühler in Bedrängnis bringen.

Joachim Eiermann

Räuberischer Diebstahl

Bühl (red) – Über eine Mitbewohnerin verschaffte sich in der Nacht zum Freitag ein 30-Jähriger Zutritt zu einer Wohngemeinschaft in der Bühler Hauptstraße. Dort suchte er eine 22-jährige ehemalige Freundin auf. Es kam zum Streit, bei dem der ungebetene Besucher laut Polizeiangaben auch handgreiflich geworden sei. Er nahm Bargeld aus dem Portemonnaie der jungen Frau und deren Handy an sich. Vergebens forderte die Geschädigte die Rückgabe. Die Frau erstat-

tete Anzeige, die Polizei ermittelt nun wegen des Verdachts räuberischen Diebstahls.

Klinikum informiert am 19. Juli

Bühl (red) – Zum Thema „Zukunftssicherheit der Bühler Klinik“ will die Klinikum Mittelbaden gGmbH interessierten Bürgerinnen und Bürgern Informationen aus erster Hand geben. Dazu findet am Dienstag, 19. Juli, 19.30 Uhr, in der Bachschlosshalle in Kappelwindeck eine öffentliche Informationsveranstaltung statt.

noch einmal bis zum 31. Dezember 2021.

Zumindest derzeit sieht der Bühler Gemeinderat keinen Bedarf, etwas am Status quo zu ändern. Oberbürgermeister Hubert Schnurr lobte das System der Zwetschenstadt in den höchsten Tönen: „Wir bewegen uns bundesweit im Spitzenfeld.“ Auch die Stadträte sahen für die Bürger nur Vorteile, wenn die Stadt das Heft in der eigenen Hand behält.

Das hat mehrere Gründe. Beim Landkreis beträgt die Mindestgröße für die graue Restabfalltonne 60 Liter. Das Gleiche gilt für die Biotonne. Die Stadt Bühl bietet dagegen in beiden Fällen 35 Liter als kleinste Einheit an. Diese Option ist sehr beliebt. Beim Restmüll haben sich 42 Prozent der Haushalte für diese Möglichkeit entschieden, bei der Biotonne sogar fast zwei Drittel. In der Mindestgebühr für den Restmüll in Höhe von 41,60 Euro sind 16 Leerungen ent-

Bühl (sie) – Die Verwaltung dreht im Zuge ihrer Sparbemühungen auf der Suche nach ein paar Euro jeden Stein um. Eine ausführliche Analyse hat jetzt aber auch Klarheit darüber gebracht, wo kein Geld verborgen liegt: im Müll. Diesen zu entsorgen, wäre eigentlich Aufgabe des Landkreises. In Bühl nimmt das die Stadt aber seit Jahren selbst in die Hand. Und daran soll sich auch nichts ändern. Der Gemeinderat war sich in seiner vergangenen Sitzung einig: Das eigene Modell sei günstiger und effizienter.

Bereits seit 1976 hat die Stadt Bühl eine Delegationsvereinbarung mit dem Landkreis Rastatt zur Müllentsorgung, die seitdem immer wieder angepasst und verlängert wurde. Aktuell läuft der Kontrakt bis zum 31. Dezember 2017. Wird er nicht gekündigt, verlängert sich die Vereinbarung bis Ende 2019 und dann



Etwa 250 Kundgebungsteilnehmer fordern den Erhalt der Geburtshilfe an der Bühler Klinik.

Fotos: Eiermann

„Krankenhaus wird zum Patienten“

Lautstarker Protest gegen die geplante Schließung der Bühler Geburtshilfestation

Bühl (jo/efi) – Das laute Pfeifkonzert gestern Nachmittag auf dem Bühler Marktplatz galt jenen, die Ende des Jahres die Bühler Geburtshilfestation schließen möchten. Etwa 250 Mütter, Väter und Kinder ließen die Kundgebung des Aktionsbündnisses „s' Bühler Kind“ zu einem bunten, friedlichen, zuweilen fröhlichen Protest werden. Viele hatten Transparente angefertigt mit Aufschriften wie: „In Bühl wird nicht mehr geboren, in Bühl wird nur noch gestorben.“

Die Hebamme Corinna Müller vom Aktionsbündnis bekannte bei der Begrüßung: „Wir sind fast platt, dass so viele gekommen sind.“ Sie forderte den Erhalt des „babyfreundlichen Krankenhauses“, das ein Alleinstellungsmerkmal in der Region sei. Es ist das einzige zwischen Pforzheim, Bruchsal und Freiburg, verdeutlichte Elien Rouw, Ärztin aus Bühl, Mitglied der Nationalen Stillkommission und Vorstandsmitglied der Academy of Breastfeeding Medicine.

In ihren Aussagen – fast jeder Satz wurde von Applaus begleitet – forderte Rouw die Politiker auf, „alle Hebel in Bewegung zu setzen“, damit die Geburtshilfe in Bühl nicht geschlossen werde. Im Gegenteil: Es müsste mehr babyfreundliche zertifizierte Häuser geben. Die darin praktizierte Art der Zusammenführung von Vater,



Alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Geburtshilfe in Bühl nicht geschlossen wird: Ärztin Elien Rouw.

Mutter und Baby sei einzigartig. Vielleicht ließe sich mit einer Schließung der Station in Bühl zum jetzigen Zeitpunkt „etwas Geld sparen“. Die Folgekosten, die für Krankenkassen, Gesellschaft und „uns alle“ entstehen, werden jedoch höher sein, prophezeite die Medizinerin.

Wie wenig Profit eine Geburt im Gegensatz zu anderen Krankenhausleistungen abwirft, zeigte das Spiel „Wer wird Krankenhausmillionär?“, für das Freiwillige aus dem Publikum antraten. Zwei „Krankenhausmanager“ kämpften dabei um den „lukrativsten“ Patienten, der dem Spital am meisten Geld einbringen sollte.

Dass gute Betreuung, Empathie und Wohnortnähe einer Einrichtung für Lebensqualität stehen, rückte Margret Burget-Behm in den Fokus. „Genau diese Kriterien erfüllt die Bühler Geburtshilfe“, erklärte die Bühler Ärztin und CDU-Stadträtin. Die Station gehöre zur medizinischen Grundversorgung und dürfe nicht geschlossen werden. Sie sagte: „Das Bühler Krankenhaus ist durch politische Vorgaben selbst zum Patienten geworden.“ Es sei zu befürchten, dass die Schließung der Geburtshilfe „der Anfang vom Ende“ sei.

Karl Ehinger, Stadtrat der Freien Wähler, bewertete den guten Besuch der Kundgebung

als „starkes Signal“ und äußerte seine Hoffnung, dass noch ein Umdenken erfolge. Er forderte: „Der Mensch darf nicht auf Kennzahlen reduziert werden.“ SPD-Stadträtin Barbara Becker („Ich spreche als Mama“) sagte, dass der Bühler Gemeinderat auf die Entscheidung keinen Einfluss habe. Sie hoffe aber, dass man bis nach Berlin höre: „Bühl braucht dieses Krankenhaus!“

Julie Janson, Vorsitzende des Hebammenkreisverbands Rastatt/Baden-Baden, machte auf die schwierige Situation von Hebammen und den Fachkräftemangel aufmerksam. Überstunden und nicht angemessene Bezahlung gehörten zum Alltag in diesem „vielschichtigen, verantwortungsvollen und wunderschönen Beruf“. Jede fünfte freie Stelle könne nicht mehr besetzt werden, erklärte die Hebamme aus Baden-Baden. „Wir verlieren eine Alternative in der Region“, kommentierte sie die bevorstehende Schließung der Bühler Geburtshilfe. Janson befürchtete, „dass die wohnortnahe Versorgung zurückgedrängt wird“. Das Problem gehe alle an, nicht nur werdende Eltern. „Die Weichen sind zwar gestellt, aber es hätte nicht soweit kommen müssen“, bedauerte sie die Entscheidung: „Sie ist nicht alternativlos“, sagte sie unter großem Beifall, bevor die Kundgebungsteilnehmer abschließend eine Runde durch den Stadtgarten drehten.

Die Stadt Bühl hängt an ihrem Müll

Gemeinderat spricht sich dagegen aus, Entsorgungssystem zurück an den Landkreis zu geben



Der Gemeinderat hält das Bühler Modell für günstiger und effizienter als das des Landkreises.

Foto: av

halten. Wer diese nicht ausschöpft, kann sich sein Guthaben auf die Biotonne anrechnen lassen. Diese kostet in der 35-Liter-Variante ansonsten pro Leerung 2,60 Euro.

Der Landkreis rechnet in seinem System mit einer Grundgebühr und sechs Mindestleerungen pro Jahr. Im Fall der 60-Liter-Tonne stehen unterm Strich 57,90 Euro, die ein Haushalt im Jahr mindestens bezahlen muss – also 16,30 Euro mehr als beim Bühler Modell. Eine Verrechnung mit der Biotonne ist nicht möglich. Für diese kommen noch einmal mindestens 38,40 Euro hinzu.

Die Bühler Stadträte zeigten sich aber nicht nur aufgrund der Kosten vom eigenen System überzeugt. So erklärte Walter Seifermann (GAL): „Die Regie im eigenen Haus ist für mich der größte Gewinn.“ Das Modell belohne diejenigen, die wenig Müll produzieren. Er regte an zu prüfen, ob auch eine Zahl von zwölf statt

16 Mindestleerungen möglich sei. „Bei den sechs Leerungen des Landkreises entstehen auch keine Seuchen“, meinte er. Auch Johannes van Daalen (CDU) sah „überhaupt keinen Grund, die Entsorgung an den Landkreis zurückzugeben“. Er vermutete aber auch, dass dieser ohnehin „nicht begeistert wäre“, sich wieder um den Bühler Müll zu kümmern.

Franz Fallert (FW) bezeichnete das bestehende System als eine „gute Sache, die sich für die Bürger bewährt hat“. Eine Umstellung sei gleichbedeutend mit einer Gebührenerhöhung. Auch Lutz Jäckel (FDP) bekräftigte: „Es ist klar, dass der Status quo erhalten bleibt.“ Das Bühler Modell habe sich durchgesetzt. Seiner SPD-Kollegin Barbara Becker, die ange-regt hatte, der Landkreis solle doch auch 35-Liter-Behälter einführen, machte der Kreisrat wenig Hoffnung: „Da wird sich der Kreis nicht bewegen“, meinte Jäckel.